

## Resolution der Stadt Nürnberg vom 20.11.2002

Die Städte in Bayern haben seit Jahren den Freistaat Bayern in seinem bildungspolitischen Auftrag u.a. durch das Betreiben von städtischen Schulen unterstützt. Der Freistaat wird dadurch finanziell entlastet, weil die staatlichen Zuschüsse für das Lehrpersonal bei weitem nicht die tatsächlichen Kosten decken.

Aufgrund der massiven Haushaltsprobleme sieht sich die Stadt Nürnberg jedoch nicht mehr in der Lage, die finanziellen Belastungen für die städtischen Lehrkräfte in der bisherigen Höhe zu tragen.

Die Stadt Nürnberg appelliert deshalb nachdrücklich an die Staatsregierung, die Lehrpersonalszuschüsse für die städtischen Schulen deutlich anzuheben. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die kommunalen Schulen im Schnitt nicht einmal 50% der Personalkosten vom Staat erstattet bekommen, während die privaten Schulen 90% erhalten.

Falls eine spürbare Entlastung für die städtischen Schulen auf diesem oder anderem Wege nicht erreicht werden kann, sieht sich die Stadt Nürnberg gezwungen, ihre Ausgaben für das schulische Angebot zu verringern. Die Stadt könnte beispielsweise weniger Eingangsklassen in städtischen Realschulen und Gymnasien bilden, so dass die staatlichen Schulen vor Ort in Zukunft mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssten als bisher, und/oder der Staat zusätzliche Schulen errichten müsste.

Die Stadt Nürnberg erwartet eine einvernehmliche Lösung mit dem Freistaat.